

Rieser Tageblatt



Druckerschrift
Tageblatt Rieser,
Herausg. Nr. 20,
Postfach Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Rieser und des Hauptzollamts Meißen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1530.
Zirkelnummer:
Rieser Nr. 22.

Nr. 273.

Dienstag, 22. November 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postbezug RM. 2.14 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsstörungen, Verzögerungen der Abgabe und Materialpreiserhöhungen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im Voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 88 mm breite, 3 mm hohe Grundzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 88 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Geste Zeile. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontur gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wichtige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Rotationsdruck und Verlag: Kanger & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Rieser.

Die Antwort des Reichspräsidenten an Hitler überreicht. Noch immer keine endgültige Entscheidung.

Berlin. (Funkpruch.) Das Antwortschreiben des Reichspräsidenten auf die gefragte Rückfrage Adolf Hitlers ist, wie angekündigt, heute mittag um 1/2 Uhr dem Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei zugeleitet worden. Ueber den Inhalt des Schreibens wird in Regierungskreisen keine Mitteilung gemacht.

Es ist nach Auffassung unterrichteter Kreise noch nicht sicher, ob die Antwort Hitlers schon heute erfolgen wird.

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Der Führer der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei, Adolf Hitler, hat an den Staatssekretär Dr. Meißner ein Schreiben gerichtet, in welchem einige Rückfragen gestellt werden, deren Beantwortung im Laufe des heutigen Tages erfolgt ist.

Die Bedingungen des Reichspräsidenten.

Berlin. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, umfassen die Bedingungen, mit denen der Reichspräsident das Ersuchen an Hitler begleitet hat, 5 Punkte, und zwar 2 personeller und 3 sachlicher Art.

Es handelt sich erstens um die Selbstverständliche Feststellung, daß die persönliche Zusammenlegung des Kabinetts, wie es immer der Praxis der Kabinettsbildung entspricht, der Zustimmung des Reichspräsidenten bedarf. Zweitens behält sich der Reichspräsident das Recht besonderer Einwirkung auf die Besetzung des Reichswehrministeriums und des Auswärtigen Amtes vor. Das ergibt sich schon daraus, daß der Reichspräsident Oberbefehlshaber der Reichswehr und der völkerrechtliche Vertreter des Reiches ist, wie es in der Verfassung besonders hervorgehoben wird. Drittens verlangt der Reichspräsident die Aufstellung eines Wirtschaftsprogramms, wozu die Gewähr dafür, daß keine Rückkehr zum Dualismus Reich-Preußen, und fünftens, daß keine Abänderung oder Abschwächung des Art. 48 erfolgt.

Außer diesen 5 Punkten sind vom Reichspräsidenten keine Vorbehalte für die Bildung eines Reichskabinetts unter Hitlers Führung gemacht worden. Wir glauben zu wissen, daß Hitler diese Bedingungen keineswegs ablehnt hat.

Bedingte Antwort Hitlers.

Berlin. Die Reichspressestelle der NSDAP teilt mit: Nach eingehenden Ausprüfungen mit führenden Männern der nationalsozialistischen Bewegung und des sonstigen öffentlichen Lebens wurde gestern abend 10.00 die Antwort Adolf Hitlers in Form eines Briefes an den Herrn Staatssekretär Dr. Meißner überreicht.

Der Brief enthält eine Reihe von Fragen, die vorwiegend hinsichtlich im Laufe des Dienstag geklärt werden.

Berlin. Wie die Telegrammen-Union erfährt, wird der Brief Adolf Hitlers an den Staatssekretär Meißner vorwiegend nicht veröffentlicht werden. Der Brief wurde 10 Uhr durch den Reichspräsidenten Goering übergeben. Ueber den Inhalt der vorläufigen Antwort Adolf Hitlers, die die Form einer Reihe von Rückfragen und Vorfragen enthält, verlautet jedoch, daß Hitler den Auftrag des Reichspräsidenten in der gewünschten Form nicht angenommen hat, wogegen die Tür zu weiteren Verhandlungen offen bleibt.

Hitler berät mit Dr. Schacht.

Berlin. Der ehemalige Reichsbankpräsident Dr. Schacht, der bereits in den Mittagsstunden etwa über eine Stunde an den internen Beratungen der Nationalsozialisten teilgenommen hatte, erschien am Nachmittag gegen 17/4 Uhr im Hotel Kaiserhof und wurde sofort nach den Namen geleitet, in denen Hitler mit seinen Parteifreunden in den Verhandlungen kam. Nach etwa 1/2 Stunde verließ Dr. Schacht, fast unbemerkt von der harrenden Menge, wieder das Hotel.

Fälsche Behauptungen über die Rolle des Reichskanzlers

Berlin. (Funkpruch.) Wie von ausländischer Seite mitgeteilt wird, handelt es sich bei dem Schreiben Hitlers nicht, wie bisher angenommen wurde, um eine Reihe von Rückfragen, sondern im wesentlichen nur um eine Frage. Man nimmt in Regierungskreisen an, daß Hitler sich auf Grund des Antwortschreibens des Reichspräsidenten endgültig entscheiden wird, ob er den Auftrag des Reichspräsidenten übernehmen will oder nicht.

mit den Erörterungen über die politische Lage gebracht worden sind und die man als Neuherausgabe eines Mißtrauens gegen das Verhalten des Reichspräsidenten und der Reichsregierung ansieht. Vor allem handelt es sich dabei um die Behauptungen hinsichtlich der Rolle, die Reichskanzler von Papen gespielt haben soll. Es wird da unter anderem behauptet, der Kanzler habe seinen Rücktritt nur, durch die Strömungen im Kabinett gezwungen, erklärt. Demgegenüber wird von ausländischer Seite festgestellt, daß der Reichskanzler unmittelbar nach dem Wahlen den Entschluß zum Ausdruck gebracht hat, daß er die Demission des Kabinetts anbieten würde, wenn keine Möglichkeit für eine Verbreiterung der Regierungsbasis bestünde; diesen Entschluß hat er, wie erinnerlich, auch in seiner Ansprache am Dienstag nach der Wahl vor den ausländischen Journalisten zum Ausdruck gebracht. Die Beauftragung des nationalsozialistischen Führers geht auf die Anregung des Reichskanzlers von Papen zurück.

Ebenso wie die verschiedenen Behauptungen über den Reichskanzler, werden auch die in der Presse gemachten weiteren Behauptungen über die Reise „Dietrichs Junker“ zum Reichspräsidenten als Erfindung bezeichnet.

Was die Kommentare zu dem Auftrag des Reichspräsidenten an Hitler anbelangt, in denen kritisiert wird, daß dieser Auftrag an Präzisionsbedingungen geknüpft ist, die neu und überraschend seien, so wird dazu in Regierungskreisen festgehalten, daß diese Bedingungen des Reichspräsidenten sich erstens nur auf allgemeine Punkte beziehen und im wesentlichen lediglich eine Unterbrechung von Selbstverständlichkeiten darstellen, da sie Dinge betreffen, die sich aus der Verfassung eigentlich von selbst ergeben. Im übrigen ist es sowohl beim Reichspräsidenten von Hindenburg als auch bei seinem Vorgänger jedesmal üblich gewesen, bei einer Neubildung der Regierung gewisse Bedingungen zu geben und Grenzen zu ziehen.

Der „Angriff“ zur Frage der Regierungsbildung.

Berlin. (Funkpruch.) Der „Angriff“ nimmt heute an den Bedingungen Stellung, die der Reichspräsident an seinen Auftrag an Hitler geknüpft habe und meint, es sei nicht klar ersichtlich, ob eine präsidiale oder eine parlamentarische Regierung gebildet werden solle. Beispielsweise könne das Verlangen nach künftiger Ausdehnung des Dualismus zwischen Reich und Preußen nur von einer präsidialen Regierung, nicht von einer parlamentarischen garantiert werden. Man müsse es als einen Konstruktionsfehler bezeichnen, wenn von einer parlamentarischen Regierung, wie sie Hitler ja bilden solle, eine derartige Garantie gefordert werde. Den bisherigen parlamentarischen Verfassungen entspreche es ferner, daß der Reichskanzler bei der Zusammenlegung seines Kabinetts in personeller Hinsicht freie Hand habe. Diese Freiheit solle aber Hitler entzogen werden. Die Forderung nach Vorlage eines Wirtschaftsprogramms sei eine Selbstverständlichkeit und die NSDAP warte ihrerseits schon lange auf die Möglichkeit, das nat.-soz. Arbeitsbeschaffungsprogramm in die Tat umzusetzen. Das Blatt schließt u. a.: Alles in allem sieht man, daß schon der Versuch der Ausführung aller dieser Bedingungen den Auftrag Hindenburgs an Hitler in dieser Form unburdenbar machen würde.

Der „Völkische Beobachter“ zu den Regierungsbildungsverhandlungen.

München. In den Verhandlungen über eine Regierungsbildung im Reich stellte der „Völkische Beobachter“ gestern nochmals den Standpunkt der NSDAP fest. Danach verlangt die NSDAP in einer Regierung der nationalen Konzentration, für die sich die nationalsozialistische Bewegung betonntermaßen bereitwillig zur Verfügung stellt, entsprechend ihrer Stärke und Bedeutung, und in voller Uebereinstimmung mit ihren bisher im Interesse der Nation gestellten Forderungen die Führung. Unter anderen Voraussetzungen die Verantwortung zu übernehmen, lehne sie im Bewußtsein ihrer Rechte und ihrer nationalen Pflichten ab und werde sie denen überlassen, die so wirklichkeitsfremd seien, so glauben, in der gegenwärtigen Lage die Verantwortung ohne und gegen die nationalsozialistische Bewegung tragen zu können. Eine Veranlassung, Herrn von Papen diese Verantwortung abzunehmen, bestehe für die NSDAP. keineswegs.

Der Zweck der Aussprache des Reichspräsidenten Goering mit den nationalen Parteien sei die Klärung folgender Fragen:

1. Wann soll der Reichstag einberufen werden?
 2. Welche Haltung nehmen diese Parteien der geschäftsführenden Regierung von Papen gegenüber ein?
 3. Welche Forderungen ergeben sich daraus für ein gemeinsames Zusammengehen?
- Adolf Hitler werde auch in diesen ereignisreichen Tagen die Interessen der Bewegung und die des deutschen Volkes mit heißem Herzen, aber in eisfühler Ueberlebens wahrnehmen.

Zu dem Richterlichen Dr. Gugenbergs bei Goering schreibt der „Völkische Beobachter“, in diesem Vorgehen offenbare sich nur das Bestreben, eine allseitige Klärung der Lage zu veranlassen, wenn nicht zu verhindern, um die vom Reichspräsidenten eingeleitete Aktion zur Bildung einer wirklichen nationalen Konzentration zum Scheitern zu bringen und mit der eventuellen Schuld von vornherein die nationalsozialistische Führung zu belasten.

Bayerische Forderungen an Hitler

München, 22. November. Der Vorsitzende der Bayerischen Volkspartei, Staatsrat Schäffer, der nach dem Empfang beim Reichspräsidenten nach München zurückgekehrt war und mit den führenden Persönlichkeiten der Bayerischen Volkspartei Führung genommen hatte, ist wieder nach Berlin abgereist. Für Dienstagvormittag ist eine Sitzung der Reichstagsfraktion der BVP angelegt.

Die amtliche Korrespondenz der Bayerischen Volkspartei schreibt: Es frage sich, ob unter der Führung Hitlers der Gedanke der nationalen Konzentration sich vernünftigerweise verwirklichen lasse. Es bedürfe reiflicher Ueberlegung, ob die BVP es auf sich nehmen könne, allerdings unter ganz bestimmten Bedingungen, der Gestellung einer Regierung Hitler nicht zu widersprechen. Diese Bedingungen müßten dahin gehen, daß ein verfassungsmäßiges Weiterregieren garantiert und die Aufstellung einer nationalsozialistischen Parteidiktatur unter allen Umständen unmöglich gemacht werde. Die BVP könne keinen Finger für eine Regierung rühren, die sich nicht einwandfrei verpflichte, die Rechte der Länder zu achten und eine Reichsreform zu betreiben, die den Ländern das zurückgibt, was sie zur Aufrechterhaltung eines bundesstaatlichen Lebens brauchen. Unmöglich könne die BVP zustimmen, daß nicht nur die Führung der Reichsgeschäfte, sondern auch der preußischen Geschäfte in die Hand der NSDAP gelegt werden. Sollte Hitler den Kanzlerposten übernehmen wollen, so wäre auch die Kenntnis des übrigen Arbeitsprogramms notwendig, ehe man die Frage einer möglichen Unterstützung oder Duldung einer Regierung Hitlers beantworten könnte.

Die „Kölnische Volkszeitung“ über den Auftrag an Hitler

Köln. Die Kölnische Volkszeitung schreibt zu der Regierungsbildung u. a.: Der Auftrag, den der Reichspräsident dem nationalsozialistischen Führer Hitler erteilt habe, komme zeitlich und inhaltlich überaus bald. Er entwerfe sich sehr weit von dem Gedanken des Präzidentalkabinetts. Das erinnere schon an die Zeiten des allerschärfsten Parlamentarismus. Man stehe hier vor einem erquicklichen Umsturz der Auffassungen, vor einem Rätsel, das umso größer werde, als der Auftrag zur Bildung einer Regierung auf der Grundlage einer arbeitssfähigen Mehrheit einem erklärten Gegner des Mehrheitsprinzips gegeben worden sei. Diese außerordentlich weitgehende Donshabung des Parlamentarismus gehe selbst denen, die die parlamentarische Regierungsmethode für die beste Methode hielten und in ihr unter Berücksichtigung der Erfahrungen in Frankreich und England eine nationale Kraftquelle sahen, viel zu weit. Es sollte doch wohl zur Bildung der nationalen Konzentration genügen, wenn der kommende Reichskanzler ein Programm aufstelle und sich eine wenn auch löse aber ausreichende Mehrheit des Reichstages sichere. Nicht sei in dieser großen Not des Vaterlandes notwendiger als eine Arbeitsgemeinschaft aller Parteien, die für eine Zusammenarbeit allein in Frage kommen könne. Dieses Ziel sei schon einige Opfer wert und selbst die Bedenken, die einer nationalsozialistischen Führung entgegenständen, müßten in Kauf genommen werden. Da wir ohne jenes Risiko nicht aus der verlorenen Lage herauskämen, sollten wir uns wenigstens für das Gelingen entscheiden.

Die Kosten der Reichstagswahlen.

Berlin. (Funkpruch.) Wie das Nachrichtenbüro des Bdg. zur Tagesordnung der nächsten Reichstagsitzung ergänzend meldet, dürfte sich das Interesse vor allem auf die Erörterung der Kosten der Reichstagswahlen konzentrieren. Nach den bestehenden Bestimmungen haben das Reich vier Fünftel, die Gemeinden ein Fünftel der durch die Reichstagswahlen entstehenden Kosten zu übernehmen. Die Kosten für eine Reichstagswahl haben sich im Laufe der letzten Jahre vermehrt, nicht zuletzt wegen der starken Zunahme der Zahl der Parteien. Gegenüber einem durchschnittlichen früheren Kostenfuß von etwas über 3 Millionen dürften bei den letzten beiden Reichstagswahlen die entstehenden Kosten je etwa 4 Millionen, zusammen also rund 8 Mill., betragen.